

Steuer gegen Armut = Steuer gegen Terror und Kriminalität = Steuer gegen illegale Migration

Zusammenfassung der Stellungnahme von Jörg Alt SJ, Moderator der Kampagne "Steuer gegen Armut, anlässlich der Expertenanhörung des Finanzausschusses am 17.5.2010

Die Kampagne "Steuer gegen Armut" wurde initiiert, um eine allgemeine Steuer auf alle spekulationsrelevanten Finanztransaktionen durchzusetzen. Damit soll sowohl Spekulation auf den Finanzmärkten verteuert werden, als auch Geld, u.a. für die Finanzierung der Millenniums-Entwicklungsziele, eingenommen werden.

Zur Begründung wird vorgetragen:

Die armen Länder dieser Welt sind von den Auswirkungen der Weltfinanzkrise elementarer und existenzieller getroffen als die reichen Länder und sie haben weniger eigene Ressourcen zur Verfügung, um die direkten und indirekten Auswirkungen für die eigene Bevölkerung abzufedern. Zudem sinkt der Mittelzufluss von außen (z.B. Entwicklungshilfe, Geld-Rücküberweisungen von im Ausland lebenden legalen und illegalen Bürgern, Spenden...).

Eine verstärkte Unterstützung armer Ländern ist deshalb eine Erfordernis nicht nur von Mitmenschlichkeit und Gerechtigkeit, sondern auch eine Folge eigener Sicherheitsinteressen. Die letzte Behauptung wird in der Stellungnahme anhand von zwei Beispielen näher erläutert:

Eine Steuer gegen Armut trägt zur Verringerung von Terrorismus und Kriminalität bei

Ist ein Staat nicht mehr in der Lage, die Grundversorgung seiner Bevölkerung zu sichern, können in dem so entstehenden Vakuum extremistische Verführer an Einfluss gewinnen. Dies gilt auch andersherum: Bietet man vor allem jungen Menschen eine schulische und berufliche Perspektive, sind sie weniger verführbar. Schließlich verringert eine verlässliche Perspektive für das eigene Leben bzw. für das eigene Gemeinwesen die Rückzugsräume für Terroristen, Extremisten und (Organisierte) Kriminelle, die, wenn sie von breiten Bevölkerungsschichten gedeckt werden, von Sicherheitskräften kaum gefasst werden können.

Eine Steuer gegen Armut trägt zur Verringerung illegaler Migrationsbewegungen bei

Je verlässlicher die Zukunft des eigenen Landes gesehen wird, umso eher sind Menschen geneigt, sich zu Hause zu engagieren und auf die Aufwärtsentwicklung des Landes zu vertrauen. Je skeptischer die Zukunft des eigenen Lands eingeschätzt wird, umso eher ist man geneigt, ohne Erlaubnis dorthin zu gehen, wo man Jobs erhofft. Hinzu kommt, dass klimabedingte Migrationsbewegungen zunehmen werden und ein Fonds zur Unterstützung der hier primär betroffenen Länder bzw. zur Hilfe vor Ort angebracht wäre.

Eine Finanztransaktionssteuer kann langfristig, absehbar und verlässlich viele Milliarden Dollar generieren. Endlich wäre Geld vorhanden, Prävention statt Repression zu finanzieren, die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele zu gewährleisten sowie die Zukunft und Entwicklung armer Länder solide zu planen und zu gestalten.

Es wird deshalb gefordert, dass, wenn eine Steuer gegen Armut/Finanztransaktionssteuer nicht im Rahmen der G20 durchsetzbar ist, eine Einführung im Kontext der EU oder der Eurozone erwogen wird. Auch und gerade in Ergänzung zu einer Bankenabgabe, die keine Alternative zu einer Finanztransaktionssteuer ist.